

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupreisse

Vertrieb preußisch: Postamt Dresden Nr. 31362
Ziel-Nr.: Elbgaupreisse Blasewitz

Postamt: Stadtamt Dresden, Sächsische Blasewitz Nr. 606
Postleitzahl-Nr.: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Böhla, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (I. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Niederpöhlitz, Hösterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönsfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Dresden und Verlagsanstalt Hermann Döpke & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Leiter Carl Dräse. Für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Geheimtipplich mit den Beilagen: Amtl. Trennen- und Kurlaß, Amts-Barte, Radio-Zeitung, Kur ein Viertel-, stündliche Lesezeichen, aus alter u. neuer Zeit, Röder-Zeitung, Schnittmuster-Beilage. Der Bezugspreis betr. monatl. M. 2,-, einf. 30 Pf. Trägerlohn durch die Post ohne Aufschlussdruck monatl. M. 2,-, einf. 30 Pf. Postgeb. Für Fälle hoh. Gewalt, Krieg, Streit u. s. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung. d. Zeitung ob. Rückzahl. d. Leserabatte. Druck: Clemens Landgraf, Röder, Dresden - Freital. Bei unverl. einges. Namens- ist Rückz. beizufüg. Für Anzeigen, m. durch Formular aufgegeben wird. Wenn wir eine Verantw. bzv. d. Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolletwiger Str. 4
94. Jahrgang

Anzeigen werden bis 8 geöffneten Zeilen mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 geöffnete Zeilen mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorbeifügen und höherwertigen Schriften werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vor dem 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Abonnementserträge sind sofort bei Erreichern der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zettelpreis in Abrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage ob. Konkurs d. Auftraggeber.

Nr. 204

Mittwoch, den 31. August

1932

Der Sieg des Kanzlers

Noch war der am 31. Juli gewählte Reichstag gestern nicht zusammengetreten, noch standen die Regierungen zu vielen Hunderten in der Umgebung des Ballot-Hauses herum, um den Anmarsch der Volksboten zu betrachten, da war in politischen Kreisen

die Entscheidung von Neudeck schon bekannt, jene Entscheidung, die, wenn nicht alles täuscht, für diesen Reichstag das Todesurteil bedeutet. Dass der Reichspräsident, wie der amtliche Bericht über die Zusammenkunft in Neudeck meldet, dem Wirtschaftsprogramm des Reichskabinetts seine Zustimmung erteilen würde, war nicht anders zu erwarten.

Der Schwerpunkt des amtlichen Kommunikates liegt in seinem Schlusssatz, wo es heißt, zwischen dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung habe sich „völlige Übereinstimmung“ in der Aussäufung über die innerpolitische Lage ergeben.

Das Kommunikat lässt weiter erkennen, dass dieser Feststellung eine „eingehende Vereinbarung“ vorausgegangen ist. Wenn in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der in Reichstagskreisen herrschenden Absicht, eine direkte Aktion beim Reichspräsidenten zur Verhinderung der Auflösung des Reichstages zu unternehmen, davon die Rede war, dass sich zwischen der Reichsregierung einerseits und dem Parlamente andererseits ein Wetttreffen nach Neudeck entwickelt, so ist festzustellen, dass Herr v. Papen als Sieger aus diesem Wetttreffen hervorgegangen ist, noch ehe der Reichstag überhaupt starten konnte.

Wann wird aufgelöst?

In parlamentarischen Kreisen ist vielfach befürchtet worden, der Kanzler werde von seinen Vollmachten unmittelbar nach der Rückkehr aus Neudeck Gebrauch machen. Diese Absicht besteht, wie zuverlässig verlautet, bei der Reichsregierung nicht. Heute findet eine Sitzung des Gesamtkabinetts statt, in der man sich über die weiteren Schritte schlüssig werden will. Kein Zweifel aber, dass der Reichskanzler, der, im Besitz des Vertrauens des Reichspräsidenten, gegen alle Eventualitäten gedacht ist, in der nächsten Woche beim Wiederzusammensetzen des Reichstags vor diesen treten und sein Regierungsprogramm entwickeln wird. Erst dann,

wenn es sich zeigt, dass der Reichstag nicht gewillt ist, dieses Programm anzunehmen, sei es, dass er sich in seiner Mehrheit auf ein Misstrauensvotum gegen Herrn v. Papen festlegt, oder dass die Aushebung von inzwischen erlassenen Notverordnungen seitens der Reichstagsmehrheit ins Auge gesetzt wird, erst dann wird die Reichsregierung zur Auflösung schreiten.

„Kleine“ Wahlrechtsreform

Die Frage, was nach der Auflösung des Reichstages geschehen werde, glaubt man in politischen Kreisen heute dahingehend beantworten zu können, dass in der von der Verfassung vorgeschriebenen Zeit Neuwahlen ausgeschrieben werden, da der Reichspräsident sich erwartungsgemäß

nach wie vor für eine strenge Innenhaltung der Verfassungsbestimmungen einsetzt. Das Ziel von Neuwahlen könnte aber nur sein, einen Reichstag von anderer parteipolitischer Zusammensetzung, als diejenige des gegenwärtigen Reichstags, zu erzielen.

Unter diesen Umständen dürfte die Regierung bestrebt sein, gewisse Reformen des Wahlrechts noch vor den Neuwahlen auf dem Notverordnungsweg durchzuführen, wobei es sich aber wiederum kaum um einschneidende Maßnahmen handeln könnte, wenn anders die von der Verfassung vorgeschriebenen Wege nicht verlassen werden sollen.

Die Taktik der Opposition: Zeitgewinn

Durch die resolute Taktik der Reichsregierung ist natürlich die Zusammenarbeit zwischen NSDAP und Zentrum weiterhin ungemein erschwert worden. Sie ist zwar äußerlich noch bei der Vertagung des Preußischen Landtages

zutage getreten. Auch im Reichstag wurde mit Erstaunen festgestellt, mit welchem bestimmen Eifer Herr Esser vom Zentrum zwischen den Abgeordneten Göring und den Führern der SPD bei der Wahl des Vizepräsidenten zu vermittelte suchte. Aber eine große Chance gibt man diesen Bemühungen auch im Freundschaftskreis der beiden Parteien nicht. Kein taktisch ist sowohl bei der NSDAP, als auch beim Zentrum das Verteilen spürbar, durch Verlagerung des Landtags und des Reichstags die Entscheidungen hinzuholen und Zeit für die Verhandlungen zu gewinnen.

Das preußische Schicksal ist mit dem Reichschicksal eng verknüpft. Der Versuch des Zentrums und der NSDAP, eine Oppositionsfront gegen das heutige Reichskabinett zu standezubringen, hat also nur noch insofern einen Sinn, als dadurch der Regierung Papen die Schuld an einem „Verfassungsbruch“ in die Schuhe gehoben werden soll.

Die politische Lage würde sich erst dann von Grund auf ändern, wenn die Gegner der jetzigen Reichsregierung das Vergebliche ihrer Vorstöße einsehen und wenn sie sich auf der Basis neuer Verhandlungen zu einer Zusammenarbeit mit dem Präsidialkabinett entschließen würden.

Dann könnte selbstverständlich auch das Kabinett eine Umbildung erfahren, weniger vielleicht an seinem Kopf, als den zweifellos vorhanden schwächeren Stellen“.

Es ging ohne Sensationen ab

Reichstagseröffnung unter Wahrung der Disziplin auf allen Fronten

Die erste Sitzung des neuen Reichstages wurde am Dienstag pünktlich bei ungeheurem Publikumsandrang und dichtbesetzten Diplomatentribünen eröffnet. Nach dem ersten Klingeln marschieren die uniformierten Nationalsozialisten, die unmittelbar vorher eine Fraktionssitzung abgehalten haben, in den Plenarsaal ein. Die Deutschnationalen sind gemäß ihrem Fraktionsschluss der Sitzung ferngeblieben. Auch die Plätze auf der Regierungsebene bleiben leer.

Punkt 3 Uhr wird Frau Clara Zetkin, die kommunistische Alterspräsidentin, von zwei Fraktionsgenossinnen zum Präsidenten geleitet. Die kommunistische Fraktion ruft im Sprechchor: „Wir grüßen die antifaschistische rote Einheitsfront und unsere Genossin Clara Zetkin mit einem dreifachen Rottront!“ Die übrigen Abgeordneten hören diese Kundgebung in vollkommenem Stillschweigen an.

Frau Zetkin beginnt unter sichtlicher Anstrengung mit den gesetzesordnungsbürtigen Feststellungen und beruft zu Sprechern die Abgeordneten Frau Agnes (Soz.), Schwarz-Frankfurt (Btr.), Torgler (Komm.) und Rauch-München

(Bayer. Bp.). Frau Zetkin beginnt, nachdem die Schriftführer ihre Pläne eingenommen haben, mit ihrer ungefähr dreiviertelstündigen Rede.

Der Reichstag tritt, so beginnt sie, in einer Situation zusammen, in der die Krise des zusammenbrechenden Kapitalismus die breitesten werktätigen Massen Deutschlands mit einem Hagel durchbarter Leidenschaft überschütten. Die politische Macht habe zur Stunde in Deutschland ein allmächtiges Präsidialkabinett an sich gerissen. Ehe der Reichstag Stellung nehmen könne zu den Einzelanträgen der Stunde, müsse er seine zentrale Pflicht erkannt und erfüllt haben: Sturz der Reichsregierung. Ihr Sturz müsse das Signal zum Aufmarsch und zur vollen Machtentfaltung der Massen außerhalb der Parlamente sein. Der Kapitalismus müsse niedergezwungen werden. Die außerparlamentarische Machtentfaltung der Werktagen müsse über das Augenblicksziel hinaus auf den Sturz des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft gerichtet sein. Das Gebot der Stunde sei die Einheitsfront aller Werktagen.

Während ihrer Rede hatte der von ihr zum Schriftführer berufenen Kommunist Torgler, der ihr auch bei der Verfolgung des Manuskriptes behilflich war, mehrfach versucht, Frau Zetkin zu einer Absenkung ihrer Redete zu bewegen, doch hatte sie trotz ihrer sichtlichen starken Erregung, infolge deren sie mit immer größer werdenden Pausen sprechen musste, dieartige Anregungen immer wieder mit einem lebhaften „Nein, nein!“ zurückgewiesen.

Nach Schluss ihrer Rede applaudierte die kommunistische Fraktion nebst einigen Tribünenbesuchern.

Während der ganzen Rede hatten sämtliche Parteien des Reichstages außer den Kommunisten, die hier und da mit „Sehr wahr!“ - Aufruhr und Bergl. die Rede bekleideten, sich striktesten Zurückhaltung bekleidigt,

die auch nach Schluss der Rede aufrecht erhalten wurde. Die nationalsozialistische Fraktion verbietet sich vollkommen positiv, blieb aber während der ganzen Rede betonte geschlossen im Plenarsaal. Es folgte dann der Namensaufruf der Abgeordneten, wobei dann auch die Deutschnationalen im Saal erschienen.

Danach wird das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen verlesen, in dem auch die letzten Notverordnungen aufgeführt sind.

Die Alterspräsidentin Frau Zetkin fehlt sodann die

Wahl des Präsidiums

auf die Tagesordnung. Abg. Görling schlägt zum Reichstagspräsidenten den Abg. Goering, der Abg. Rädel (Komm.) schlägt den Abg. Torgler als Kandidaten der Kommunisten vor. Zugleich verliest Rädel eine Erklärung seiner Fraktion, dass sie im Falle einer Nichtwahl Torglers für den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Löbe stimmen werde, ohne dabei den Kampf gegen die Sozialdemokratie einzustellen zu wollen. Das Zentrum trage die Verantwortung für die Wahl eines nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten. Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, dass die Sozialdemokraten den bisherigen Präsidenten Paul Löbe als ihren Kandidaten nominieren.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Görling wurde mit 367 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Für seine Wahl stimmten außer den Nationalsozialisten das Zentrum, die Deutschna-



Das neue Reichstagspräsidium

links: Esser (Zentrum) erster Vizepräsident; Mitte: Göring (Nationalsozialist) Präsident; rechts: Graef (Deutschland) zweiter Vizepräsident.